

Für die Presse



In den diplomatischen Bemühungen nicht nachlassen!

Berlin/Hildesheim 22. Februar 2023. *Statement des Vorsitzenden der Deutschen Kommission Justitia et Pax, Bischof Dr. Heiner Wilmer SCJ, zum Jahrestag des Großangriffs der Russischen Föderation auf die Ukraine:*

„Am 24. Februar 2022 hat die Russische Föderation den seit 2014 schwelenden Krieg gegen die Ukraine mit einem verbrecherischen Großangriff eskaliert. Seitdem wütet in Europa ein grausamer Krieg, den wir uns nicht haben vorstellen können. Sein Ende ist nicht abzusehen und es besteht die Gefahr weiterer Eskalation.

Mit diesem Krieg bringt Putins Russland Zerstörung, Leid und Tod über die Ukraine und seine Menschen. Tausenden Ukrainerinnen und Ukrainern, aber auch Tausenden von Putins eigenen Landsleuten wurde das Leben genommen. Putins Russland ist verantwortlich dafür, dass Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer aus ihrer Heimat fliehen mussten. Diejenigen, die geblieben sind, stehen vor den Trümmern ihrer Existenz: Frauen und Männer, alte Menschen, Kinder. Der Angriff auf die Ukraine ist ein eklatanter Bruch des Völkerrechts und untergräbt die Grundlagen des internationalen Zusammenlebens. Die Verteidigung der Ukraine ist auch eine Verteidigung der europäischen Idee vom friedlichen, freien und rechtsbasierten Zusammenleben der Völker.

Putins Russland hat die Zeiten gewendet. Es ist an uns, darauf angemessen zu antworten und diesen grundlegenden Konflikt ernsthaft anzunehmen und auszutragen.

In Gedanken bei allen Ukrainerinnen und Ukrainern, die kämpfen, leiden und trauern – und im fortwährenden Gebet für alle, die in dieser Zeit der Gewalt nach verantwortungsvollen Wegen zu Frieden und Gerechtigkeit suchen, möchte ich als Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax drei Botschaften übermitteln:

1. Wir sind dankbar für die Solidarität. – Die Solidarität mit dem ukrainischen Volk und die konkrete Unterstützung der Menschen sind und bleiben die Grundlage unseres aktuellen Handelns. Diese Solidarität ist umfassend, ungebrochen und bleibt unverzichtbar. Sie äußert sich in eindrucksvoller Unterstützung für die Menschen in der Ukraine wie auch für alle Geflüchteten bei uns, die mit dem Verlust ihrer Heimat auch die Haltlosigkeit und Orientierungslosigkeit in einem für sie unbekanntem Land aushalten müssen. Wir sind dankbar für jedes tatkräftige Engagement. Viele Pfarrgemeinden und Ordensgemeinschaften sind aktiv. Der Caritas und dem Osteuropahilfswerk Renovabis kommt eine herausgehobene Bedeutung zu. Auch andere Hilfsorganisationen, z. B. das Kindermissionswerk, leisten gute Dienste. Wir freuen uns, wenn Menschen helfen, ohne an eine Gegenleistung zu denken und getragen sind von der Haltung Jesu, der den blinden Bartimäus fragt: „Was willst du, dass ich dir tue?“ (Mk 10,51).

Die Solidarität mit der Ukraine erstreckt sich auch auf weitreichende militärische Unterstützung. Wir tragen diese Politik mit. Aber wir machen uns diese Zustimmung nicht leicht. Wir sehen das moralische Dilemma zwischen dem legitimen Recht auf Selbstverteidigung und einer möglichen

Herausgeber:

Deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX
Hannoversche Str. 5, D 10115 Berlin
Telefon: +49 (30) 28878 157
Telefax: +49 (30) 243428 288
e-mail: jl@jupax.de
<http://www.Justitia-et-Pax.de>

Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz
und des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken zur Förderung von Entwicklung,
Menschenrechten und Frieden

Redaktion:

Dr. Jörg Lüer
Geschäftsführer

Ansprechpartner:

Dr. Jörg Lüer
jl@jupax.de

Für die Presse

Spirale von Gewalt, die immer mehr Leid und Zerstörung nach sich zieht. Klar ist auch: Wenn der Westen die Waffen nicht liefern würde, gäbe es die Ukraine als eigenständigen Staat nicht mehr. In diesem Dilemma dürfen wir aber nicht das Ziel aus dem Auge verlieren: einen gerechten Frieden. Vor diesem Hintergrund erfüllt uns die neue Rüstungsdynamik mit großer Sorge. Damit sie nicht außer Kontrolle gerät, brauchen wir u. a. eine Verständigung über die Rüstungspolitik auf europäischer Ebene. Dazu gehört ausdrücklich eine restriktive Rüstungsexportpolitik. Bei allen Unterschieden unserer europäischen Partner wird es darauf ankommen, dass die Bundesregierung hier Initiativen ergreift und den Dialog vorantreibt.

- 2. In den diplomatischen Bemühungen nicht nachlassen!** Wir begrüßen die Bemühungen der Bundesregierung, auf diplomatischen Wegen die Beendigung des Krieges herbeizuführen. Dazu gehören die Bemühungen um die europäische und westliche Einheit ebenso wie Gespräche mit internationalen Partnern in Afrika und Asien. Wann immer sinnvolle Gespräche mit der Russischen Föderation möglich sind, sollten diese geführt werden. Die Aufgabe für uns alle heißt: im Krieg den Frieden vorbereiten. Diese Aufgabe bedeutet, dass wir uns an den Krieg nicht gewöhnen, sondern verlässlich zur Wiederherstellung von Frieden und Gerechtigkeit im Herzen Europas beitragen. Das ist eine anspruchsvolle und komplexe Herausforderung. Dazu gehört, die Verantwortlichen für diesen Angriffskrieg vor einem internationalen Gericht strafrechtlich zur Rechenschaft zu ziehen.
- 3. Wir leben aus der Hoffnung.** – Der Krieg gegen die Ukraine hat auch unseren Frieden und unsere Sicherheit schwer erschüttert. Bis vor einem Jahr haben die meisten von uns den Krieg und seine furchtbaren Auswirkungen nicht unmittelbar erfahren. Viele Menschen bei uns sind durch den Krieg und seine Folgen verunsichert, ermüdet und ratlos. Sie fragen sich, wie ihre Zukunft aussieht. Wir leben in einer Zeit voller Ungewissheiten. Als Christinnen und Christen vertrauen wir auf das Vorbild und die Botschaft Jesu, der uns versichert, dass ein anderes Leben möglich ist und die Gewalt nicht das letzte Wort haben wird. Die Hoffnung auf ein Leben der Umkehr, Erneuerung und Versöhnung, die schließlich zu Frieden und Gerechtigkeit führen, ist real. Bei allen anspruchsvollen Herausforderungen, die vor uns liegen, ist es diese Hoffnung, die uns stark macht und antreibt. Sie hilft uns auch, den vielfältigen Versuchungen dieser Tage zu widerstehen.

Bleiben Sie mit uns im Gebet –
für alle geprüften Menschen in der Ukraine,
für alle, die ihre Heimat verloren haben und auf der Flucht sind,
für alle, die nach guten Wegen für eine Zukunft der Ukraine in Frieden und Gerechtigkeit suchen!"

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax (Gerechtigkeit und Frieden) wurde 1967 gegründet und versteht sich als Forum der katholischen Einrichtungen und Organisationen, die im Bereich der internationalen Verantwortung der Kirche in Deutschland tätig sind. Justitia et Pax ist deren gemeinsame Stimme in Gesellschaft und Politik und damit Akteurin des politischen Dialogs. Die Kommission erarbeitet kirchliche Beiträge zur Entwicklungs-, Friedens- und Menschenrechtspolitik Deutschlands und entwickelt Konzepte für die internationale Arbeit der katholischen Kirche.

Herausgeber:

Deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX
Hannoversche Str. 5, D 10115 Berlin
Telefon: +49 (30) 28878 157
Telefax: +49 (30) 243428 288
e-mail: jl@jupax.de
<http://www.Justitia-et-Pax.de>

Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz
und des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken zur Förderung von Entwicklung,
Menschenrechten und Frieden

Redaktion:

Dr. Jörg Lüer
Geschäftsführer

Ansprechpartner:

Dr. Jörg Lüer
jl@jupax.de